

Niederschrift

**über die 22. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 19.09.2012 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Bürgermeister Horst Thiele

Ratsmitglieder

Frau Birgit Alkenings	SPD
Herr Hans-Georg Bader	SPD
Frau Anabela Barata	SPD
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Reinhold Daniels	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Rolf Mayr	SPD
Herr Hans-Werner Schneller	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD
Herr Kurt Wellmann	SPD
Frau Marion Buschmann	CDU
Herr Lothar Kaltenborn	CDU
Frau Ute-Lucia Krall	CDU
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Herr Jürgen Spelter	CDU
Frau Angelika Urban	CDU
Frau Birgit Behner	BA/CDf
Herr Walter Corbat	BA/CDf
Herr Markus Hanten	BA/CDf
Frau Sabine Kittel	BA/CDf
Frau Dr. Christina Krasemann-Sharma	BA/CDf
Herr Ludger Reffgen	BA/CDf
Herr Dr. Peter Schnatenberg	BA/CDf
Frau Claudia Beier	BA/CDf
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Thomas Remih	FDP
Frau Martina Reuter	FDP
Frau Heidi Weiner	FDP
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne
Herr Abdullah Dogan	Grüne
Herr Hartmut Toska	Grüne
Frau Susanne Vogel	Grüne

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	dUH
Herr Werner Horzella	dUH
Frau Marlene Kochmann	dUH
Herr Günter Pohlmann	dUH
Herr Friedhelm Burchartz	Freie Liberale
Herr Dr. Heimo Haupt	Freie Liberale

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Frau Beig. Rita Hoff
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Herr Lutz Wachsmann
Herr Torsten Schlüter
Herr Tobias Schlusche

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Eröffnung der Sitzung

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 1 | Sitzungsbedingte Angelegenheiten | |
| 1.1 | Einführung und Verpflichtung der neuen Ratsmitglieder Ute-Lucia Krall und Claudia Beier für die durch Verzicht ausgeschiedenen Ratsmitglieder Martin Schulte und Alfred Will | WP 09-14 SV
01/090 |
| 1.2 | Bestellung eines stellv. Schriftführers | WP 09-14 SV
01/092 |

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 2 | Befangenheitserklärungen | |
| 3 | CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht | |
| 4 | Allgemeine Ratsangelegenheiten | |
| 4.1 | Umbesetzung in Ausschüssen | WP 09-14 SV
01/091 |
| 4.2 | Niederschrift über die 21. Sitzung des Rates am 04.07.2012; Fehlerhafte Protokollierung | WP 09-14 SV
01/089 |

4.3	Übernahme Infrastrukturentwicklungsgesellschaft Hilden mbH durch die Grundstücksgesellschaft Stadtwerke Hilden mbH / Stadt Hilden	WP 09-14 SV 20/078
4.4	Möglicher Erwerb der Anteile von der West GkA an der GkA Grundstücksgesellschaft Hilden mbH	WP 09-14 SV 20/083
5	Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses	
5.1	Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtgebiet von Hilden für den öffentlichen Verkehr: Stichstraße Dürerweg	WP 09-14 SV 61/162
5.2	Bebauungsplan Nr. 99, 1. vereinfachte Änderung für den Bereich Gustav Mahler-Straße/ Furtwänglerstraße: Anordnung der Veränderungssperre Nr. 51	WP 09-14 SV 61/151
5.3	Bebauungsplan Nr. 254 für den Bereich Kunibertstraße / Lindenstraße / Am Lindengarten / Am Wiedenhof: Aufstellungsbeschluss	WP 09-14 SV 61/153
5.4	Bebauungsplan Nr. 212 für die Grundstücke Walder Str. 50 bis 64: Anordnung der Umlegung	WP 09-14 SV 61/158
6	Haushalts- und Gebührenangelegenheiten	
6.1	Jahresabschluss 2011	WP 09-14 SV 20/084
6.2	Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.01.2012 bis 31.07.2012	WP 09-14 SV 20/082
6.3	Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Gebäudeunterhaltung an städt. Objekten	WP 09-14 SV 26/060
7	Anträge	
7.1	Zukünftige Nutzung des Grundstücks der ehemaligen Albert-Schweitzer-Schule: Antrag der Fraktion BA/CDf im Rat am 04.07.2012 – Einwohnerversammlung	WP 09-14 SV 01/088
7.2	Entgeltordnung für die Einräumung von Rechten zur sonstigen Benutzung des Straßeneigentums der Stadt Hilden; hier: Antrag der dUH die Unabhängigen Hilden vom 13.03.2012	WP 09-14 SV 60/042
7.3	Bebauungsplan Nr. 254 für den Bereich Kunibertstraße/ Lindenstraße/ Am Lindengarten/ Am Wiedenhof: Anträge der Fraktionen SPD, CDU, dUH, FDP und Bündnis '90/Die Grünen sowie BA/CDf im StEA am 27.06.2012 und der Fraktion FL im Rat am 04.07.2012	WP 09-14 SV 61/154
7.4	Gestaltungsrichtlinien für den Dr. Ellen-Wiederhold-Platz: Antrag der Fraktion BA/CDf vom 04.07.2012	WP 09-14 SV 61/155

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 7.5 | Aufstellung einer Messstation für Luftemissionen im Hildener Norden
hier: Antrag der dUH vom 24.04.2012 | WP 09-14 SV
66/114 |
| 7.6 | Verwendung und Verwertung des Grundstücks Heiligenstraße 13;
Anträge der Fraktionen dUH und BA/CDf vom 05.09.2012 | WP 09-14 SV
I/011 |
| 8 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 9 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |
| 9.1 | Anfrage SPD - VRR-Umlage | |
| 9.2 | Antrag BA/CDf - Grundsatzfrage Grundstück Heiligenstraße 13 | |
| 9.3 | Anfrage BA/CDf - JEKI - Projektfinanzierung | |
| 9.4 | Anfrage Grüne - Bushaltestellenhäuschen Furtwänglerstraße | |
| 9.5 | Anfrage FL - Offenes Kabel an der Mensa des HGH | |

Nicht öffentliche Sitzung:

- | | | |
|------|---|-----------------------|
| 10 | Befangenheitserklärungen | |
| 11 | (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 12 | (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |
| 12.1 | Anfrage dUH - Installation eines Pollers Wohnanlage für Behinderte
an der Hochdahlerstraße | |
| 13 | Entscheidung über Anmietung oder Übernahme/Finanzierung der
erneuerten Feuerwache | WP 09-14 SV
26/058 |
| 14 | Verkauf eines Grundstückes im innerstädtischen Bereich | WP 09-14 SV
26/061 |
| 15 | Löschung von beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten - An-
schlusszwang - | WP 09-14 SV
26/062 |

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt
mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Öffentliche Sitzung:

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Thiele, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen vollständig zugegangen seien.

1 Sitzungsbedingte Angelegenheiten

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 1.1 | Einführung und Verpflichtung der neuen Ratsmitglieder Ute-Lucia Krall und Claudia Beier für die durch Verzicht ausgeschiedenen Ratsmitglieder Martin Schulte und Alfred Will | WP 09-14 SV
01/090 |
|-----|--|-----------------------|
-

Die Anwesenden erhoben sich von ihren Plätzen und die neuen Ratsmitglieder Ute-Lucia Krall und Claudia Beier wurden mit Handschlag verpflichtet.

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 1.2 | Bestellung eines stellv. Schriftführers | WP 09-14 SV
01/092 |
|-----|---|-----------------------|
-

Eine Beratung erfolgte nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat bestellt Herrn Tobias Schlusche zum stellvertretenden Schriftführer gemäß § 52 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Änderungen zur Tagesordnung

- a) TOP 14 (SV/26/061) wurde zurückgezogen.
- b) Ratsmitglied Alkenings reichte im Namen der SPD folgende Resolution ein:

Resolution: ***Erhalt des Haltepunktes Düsseldorf-Benrath für den Regionalverkehr***

Der Rat der Stadt Hilden fordert den Landtag, die Verkehrsminister des Landes NRW und des Bundes und die VRR-Verbandsversammlung auf, sich für die Beibehaltung des Haltepunktes Düsseldorf-Benrath im Regionalverkehr einzusetzen. Der Haltepunkt Düsseldorf-

Benrath wickelt im Regionalverkehr große Personenströme ab; der Wegfall würde für sehr viele Menschen die Nutzung von SPNV/ÖPNV insbesondere im täglichen Berufsverkehr unattraktiv machen.

Begründung:

Zurzeit wird die Planung für den RRX vorangetrieben (am 1.10.2012 findet eine öffentliche Anhörung dazu im Landtag statt). Das Linienkonzept des RRX sieht keinen Halt in Düsseldorf-Benrath vor. Die RRX-Linien sollen aber die Regionalexpress-Linien ersetzen (RE1 und RE5), die in Düsseldorf-Benrath halten.

Der Entfall dieses Haltepunktes soll vorgeblich den Regionalverkehr beschleunigen, würde für viele Bahnfahrer aus Hilden (und angrenzenden Städten des südlichen Kreises Mettmann und dem Süden Düsseldorfs) eine extreme Verschlechterung ihrer Verbindungen bedeuten. Der RE benötigt z.B. von Benrath nach Köln Hbf ca. 20 min, die S-Bahn ca. 40 min. Auch die Fahrtzeit nach Duisburg Hbf wird sich mit der S-Bahn fast verdoppeln. Die Direktverbindung nach Wesel, Emmerich, Oberhausen entfällt dann ganz.

Die Attraktivität von ÖPNV- bzw. SPNV-Angeboten hängt weniger an der absoluten Fahrzeit auf einer Linie, sondern an der tatsächlichen Fahrzeit der Nutzer "von Haus zu Haus", die wesentlich von guten Umsteigeverbindungen, einem dichten Haltestellennetz und funktionierenden Fahrplänen abhängt.

Ratsmitglied Alkenings (SPD) begründete die von der SPD eingereichte Resolution. Ratsmitglied Horzella (dUH) berichtete vom ÖPNV-Ausschuss des Kreises Mettmann, wo dies auch Thema sei und hielt entgegen, dass keine Dringlichkeit gegeben sei.

Da er die Angelegenheit gerne in der Fraktion besprechen würde, schlug Ratsmitglied Reffgen (BA/CDf) vor, die Resolution in den bevorstehenden Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Die Antragsstellerin (SPD) war damit einverstanden.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde, die zwischen TOP 5.2 und TOP 5.3 durchgeführt wurde, meldeten sich 5 Personen an:

- a) Herr Dirk Linke, Am Lindengarten 15 – Städtebaulicher Wettbewerb Albert-Schweitzer-Schule

Auf entsprechende Nachfrage erläuterte der Bürgermeister Thiele, dass es sich lediglich um einen städtebaulichen Wettbewerb handelt und noch keinen Bebauungsplan, so dass das endgültige Ergebnis noch völlig offen sei. Auf konkrete Fragen z. B. zur Anzahl der Wohneinheiten oder Fällung zu Bäumen kann daher nicht geantwortet werden. Der städtebauliche Wettbewerb war Wille des Rates und die Einwohner können sich später im laufenden Bebauungsplanverfahren noch beteiligen. Ebenfalls verwies er auf den späteren TOP, der dies behandelt.

- b) Herr Hans-Jürgen Smyk, Am Lindengarten 13 – Städtebaulicher Wettbewerb

Zu dieser Nachfrage verwies Bürgermeister Thiele auf seine vorige Erklärung.

- c) Herr Manfred Wingender, Kunibertstraße 11 – Städtebaulicher Wettbewerb

Auch hier der Verweis von Bürgermeister Thiele zu seinen Ausführungen zur ersten Frage.

- d) Herr Rainer Diederich, Am Lindengarten 9 – Städtebaulicher Wettbewerb

Der Bürgermeister bejahte die Frage, ob versucht wird den Baumbestand zu erhalten. Zu restlichen Detailfragen verwies er abermals auf seine ersten Erläuterungen.

e) Frau Ursula Probst, Regerstraße 6 – Teilverkauf der Stadtwerke 2008

Zu der Frage, ob und wenn ja wie viel von den Einnahmen des im Jahre 2008 getätigten Teilverkaufs der Stadtwerke entnommen wurden ist, sagte der Bürgermeister schriftliche Beantwortung zu.

2 Befangenheitserklärungen

keine

3 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Bayer Material Science lagen keine neuen Informationen vor.

4 Allgemeine Ratsangelegenheiten

4.1 Umbesetzung in Ausschüssen

WP 09-14 SV
01/091

Es erfolgten Nachmeldungen der Fraktionen CDU und BA/CDf.

Geänderter Beschlussvorschlag (mit Nachmeldungen):

Der Rat der Stadt wählt und beruft

a) nach dem Mandatsverzicht von Ratsmitglied Alfred Will auf Vorschlag der BA/CDf – Fraktion:

in den Rechnungsprüfungsausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied

Frau Dr. Krasemann-Sharma

in den Schul- und Sportausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied

Frau Claudia Beier

in den Sozialausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied

Frau Claudia Beier

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes VHS Hilden-Haan
als 3. stellv. Mitglied für Rm. Markus Hanten

keine Benennung

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Gesamtschule Langenfeld
als stimmberechtigtes Mitglied

Frau Renate Jahrstorfer

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse HRV
als stellv. Mitglied für Rm. Dr. Krasemann-Sharma

Herrn Walter Corbat

in die Infrastrukturkommission
als stimmberechtigtes Mitglied

Herrn Patrick Strösser

in den Arbeitskreis „Sicherheit und Ordnungspartnerschaften“

als stellvertretendes Mitglied

Herrn Franz-Dieter Schnitzler

sowie auf weiteren Vorschlag der BA/CDf-Fraktion:

in den Haupt- und Finanzausschuss

als stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von Herrn Walter Corbat)

Frau Birgit Behner

in den Haupt- und Finanzausschuss

als stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von Frau Dr. Krasemann-Sharma)

Herrn Ludger Reffgen

b) nach dem Mandatsverzicht von Ratsmitglied Martin Schulte auf Vorschlag der CDU – Fraktion:

in den Jugendhilfeausschuss

gem. § 4 Abs. 2 a) der Satzung für das Jugendamt der Stadt Hilden

als stellv. Mitglied für Rm. Dr. Lipski

Frau Ute-Lucia Krall

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes VHS Hilden-Haan

als stimmberechtigtes Mitglied

Frau Ute-Lucia Krall

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse HRV

als stellv. Mitglied für Rm. Sabine Kittel

Frau Ute-Lucia Krall

sowie nach dem Wohnsitzwechsel von Herrn Alexander Büttner auf Vorschlag der CDU-Fraktion

in den Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Jugendwerkstatt Hilden GmbH

als stimmberechtigtes Mitglied

Herrn Fred Harry Frenzel

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.2 Niederschrift über die 21. Sitzung des Rates am 04.07.2012; Fehlerhafte Protokollierung

WP 09-14 SV
01/089

Eine Beratung erfolgte nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden stellt fest, dass die Protokollierung der 21. Sitzung des Rates vom 04. Juli folgende Unrichtigkeiten enthält:

1. Zu TOP 4.1 (S. 9) wurde unter e) protokolliert, dass für die Fraktion „die UNABHÄNGIGEN Hilden“ Herr Rolf Pohlmann in den Aufsichtsrat Stadtmarketing GmbH entsendet wird. Dies ist falsch.
Richtig ist vielmehr, dass auf Vorschlag der Fraktion „die UNABHÄNGIGEN Hilden“ der Rat das Ratsmitglied Günter Pohlmann für den Aufsichtsrat benannt hat.

2. Zu TOP 13.3 (S. 39) wurde protokolliert, dass Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH erklärt habe, seine Fraktion sei mit dem bisher Erreichten zufrieden. Dies ist falsch. Eine solche Erklärung gab es nicht.
Richtig ist, dass sich Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH mit den Ausführungen in der Sitzungsvorlage und den darin enthaltenen Absichtserklärungen der Verwaltung vorläufig zufrieden gab.
3. Zu TOP 13.3 (S. 39) wurde protokolliert, dass Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH den Antrag seiner Fraktion zurückzog. Dies ist falsch. Eine Antragsrücknahme wurde nicht erklärt.
Richtig ist vielmehr, dass Rm. Prof. Dr. Bommermann/dUH im Hinblick auf die Erläuterungen und die Absichtserklärungen der Verwaltung den Antrag ausdrücklich für erledigt erklärt hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4.3	Übernahme Infrastrukturentwicklungsgesellschaft Hilden mbH durch die Grundstücksgesellschaft Stadtwerke Hilden mbH / Stadt Hilden	WP 09-14 SV 20/078
-----	---	-----------------------

Der Rat der Stadt Hilden nahm den Sachstand bezüglich der „Übernahme der Geschäftsanteile, die von der West GkA an der Infrastrukturentwicklungsgesellschaft Hilden gehalten werden“ zur Kenntnis.

4.4	Möglicher Erwerb der Anteile von der West GkA an der GkA Grundstücksgesellschaft Hilden mbH	WP 09-14 SV 20/083
-----	--	-----------------------

Die Ratsmitglieder Prof. Dr. Bommermann (dUH) und Dr. Schnatenberg (BA/CDf) hinterfragten das vorgeschlagene Konstrukt.

Bürgermeister Thiele und Kämmerer Klausgrete erläuterten den geplanten Kauf durch die Stadt Hilden und Stadtmarketing GmbH.

Wegen den noch weiteren Fragen wurde beantragt, die Entscheidung in den Rat zu vertagen. Die Verwaltung sagte weitere Erläuterungen zu.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig wurde die Beratung und Entscheidung vertagt.

- 5.1 Widmung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtgebiet von WP 09-14 SV
Hilden für den öffentlichen Verkehr: 61/162
Stichstraße Dürerweg
-

Eine Beratung erfolgte nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss wie folgt:

Folgende Straße in der Stadt Hilden wird gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 23. September 1995 (GV NW S. 1028 ff.) in der z. Z. gültigen Fassung

- als Gemeindestraße, bei der **die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen (§ 3 Abs. 4 Ziffer 2 StrWG NW) dem öffentlichen Verkehr** gewidmet:

Lfd. Nr.	Straße	von - bis	Gemarkung Hilden	
			Flur	Flurstück
1	Dürerweg	Stichstraße zu den Häusern 38-46	65	2441, 2481, 2484;

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 5.2 Bebauungsplan Nr. 99, 1. vereinfachte Änderung für den Bereich WP 09-14 SV
Gustav Mahler-Straße/ Furtwänglerstraße: 61/151
Anordnung der Veränderungssperre Nr. 51
-

Eine Beratung erfolgte nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

Gemäß §§ 16 und 17 Abs. 1 Baugesetzbuch vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509) geändert wurde, in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07. 1994 (GV NRW S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2011 (GV NRW S. 685), wird zur Sicherung der Planung des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 99, 1. vereinfachte Änderung die in vollem Wortlaut vorgelegte Satzung über die Anordnung der Veränderungssperre Nr. 51 inkl. des beigefügten Übersichtsplanes für den Be-

reich zwischen Gustav-Mahler-Straße und Furtwänglerstraße (Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 99, 1. vereinfachte Änderung) beschlossen.

Im Übersichtsplan, der Bestandteil der Satzung ist, ist der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre schwarz umrandet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

5.3	Bebauungsplan Nr. 254 für den Bereich Kunibertstraße / Lindenstraße / Am Lindengarten / Am Wiedenhof: Aufstellungsbeschluss	WP 09-14 SV 61/153
-----	--	-----------------------

Bürgermeister Thiele schlug vor den Antrag unter TOP 7.3, da er thematisch passt, mit zu beraten. Dies wurde einvernehmlich angenommen.

Die Redner der Fraktionen BA/CDf (Ratsmitglieder Reffgen und Dr. Schnatenberg) und FL (Ratsmitglieder Burchartz und Dr. Haupt) führten an, dass mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag (Aufstellungsbeschluss) der Wille der Einwohner/Bürger zur kurz käme. Eine stärkere Einbindung dieser wäre nötig. Dies zeige auch der Antrag unter TOP 7.3 der BA/CDf.

Die Bürgerbeteiligung wäre in jedem Falle gewährleistet durch die gesetzlichen Bestimmungen im Bebauungsplanverfahren, sagten die Redner der Fraktionen dUH (Ratsmitglied Prof. Dr. Bommermann), SPD (Ratsmitglied Alkenings) und CDU (Ratsmitglied Spelter). Weiterhin könne über Details gesprochen werden, wenn ein Aufstellungsbeschluss beschlossen wurde.

Ratsmitglied Bartel (Grüne) wies auf die Notwendigkeit hin, dem Wohnungsdruck angemessen zu begegnen. Dies müsse auch im Hinblick auf die Interessen der Anwohner in einem Abwägungsprozess festgelegt werden.

Ratsmitglied Prof. Dr. Bommerann (dUH) bat darum, die Konkretisierungen der Fraktionen mit einzubeziehen.

Ob es einen Ersatz für das Kleinspielfeld geben werde bzw. könnte fragte Ratsmitglied Reffgen (BA/CDf). Bürgermeister Thiele antwortete, dass ein Ersatz innerhalb des betreffenden Gebiets vom endgültigen Beschluss des Bebauungsplans abhängen. Dies gälte es abzuwarten. Vorschläge für einen Ersatz außerhalb des im Beschlussvorschlag genannten Geländes könnte die Verwaltung bei Bedarf unterbreiten.

Ratsmitglied Prof. Dr. Bommermann (dUH) hielt fest, dass bei einer Abstimmung die unter TOP 7.3 (SV 61/154) gefassten Beschlüsse mit einzubeziehen seien.

Eine Vertagung wurde beantragt. Diese wurde mit 26 Nein-Stimmen (CDU, Grüne, SPD) gegen 14 Ja-Stimmen (BA/CDf, dUH, FL) bei 4 Enthaltungen (FDP) abgelehnt.

Die von der CDU beantragte geheime Wahl, wurde mit 36 Nein-Stimmen gegen 9 Ja-Stimmen (CDU) abgelehnt.

Sodann wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt nach Vorberatung durch den Stadtentwicklungsausschuss die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 254 für den Bereich Kunibertstraße / Lindenstraße / Am Lindengarten / Am

Wiedenhof gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509) geändert wurde.

Das Plangebiet liegt im Bereich Kunibertstraße, Lindenstraße, der Straße Am Lindengarten und der Straße Am Wiedenhof. Es umfasst die Flurstücke 214, 218 921, 922, 940, 1112 und 1188 sowie Teile des Flurstücks 1114 (die westliche Grenze verläuft im Bereich des fußläufigen Teils der Straße Am Wiedenhof quer durch das Flurstück 1114 sowie entlang seiner westlichen Grenze) in Flur 62 der Gemarkung Hilden.

Durch den Bebauungsplan sollen nicht mehr benötigte Flächen für den Gemeinbedarf (Schule, Sporthalle) mit Sportplatz in eine Wohnbaufläche umgewandelt werden, um innerstädtischen Wohnraum zu schaffen. Außerdem soll die öffentliche Grünanlage mit Spielplatz in das Bauungskonzept integriert werden.

Die unter TOP 7.3 (Sitzungsvorlage 61/154) gefassten Beschlüssen sind mit einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 35 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

Frau Birgit Alkenings	SPD	Ja
Herr Hans-Georg Bader	SPD	Ja
Frau Anabela Barata	SPD	Ja
Herr Manfred Böhm	SPD	Ja
Herr Christoph Bosbach	SPD	Ja
Herr Torsten Brehmer	SPD	Ja
Herr Reinhold Daniels	SPD	Ja
Frau Dagmar Hebestreit	SPD	Ja
Herr Rolf Mayr	SPD	Ja
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	Ja
Herr Dominik Stöter	SPD	Ja
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD	Ja
Herr Kurt Wellmann	SPD	Ja
Frau Marion Buschmann	CDU	Ja
Herr Lothar Kaltenborn	CDU	Ja
Frau Ute-Lucia Krall	CDU	Ja
Herr Dr. Stephan Lipski	CDU	Ja
Frau Claudia Schlottmann	CDU	Ja
Herr Rainer Schlottmann	CDU	Ja
Herr Norbert Schreier	CDU	Ja

Herr Jürgen Spelter	CDU	Ja
Frau Angelika Urban	CDU	Ja
Frau Birgit Behner	BA/CDf	Nein
Herr Walter Corbat	BA/CDf	Nein
Herr Markus Hanten	BA/CDf	Nein
Frau Sabine Kittel	BA/CDf	Nein
Frau Dr. Christina Krasemann-Sharma	BA/CDf	Nein
Herr Ludger Reffgen	BA/CDf	Nein
Herr Dr. Peter Schnatenberg	BA/CDf	Nein
Frau Claudia Beier	BA/CDf	Nein
Herr Rudolf Joseph	FDP	Ja
Herr Thomas Remih	FDP	Ja
Frau Martina Reuter	FDP	Ja
Frau Heidi Weiner	FDP	Ja
Herr Klaus-Dieter Bartel	Grüne	Ja
Herr Abdullah Dogan	Grüne	Ja
Herr Hartmut Toska	Grüne	Ja
Frau Susanne Vogel	Grüne	Ja
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	dUH	Ja
Herr Werner Horzella	dUH	Ja
Frau Marlene Kochmann	dUH	Ja
Herr Günter Pohlmann	dUH	Ja
Herr Friedhelm Burchartz	Freie Liberale	Nein
Herr Dr. Heimo Haupt	Freie Liberale	Nein

5.4	Bebauungsplan Nr. 212 für die Grundstücke Walder Str. 50 bis 64: Anordnung der Umlegung	WP 09-14 SV 61/158
-----	--	-----------------------

Eine Beratung erfolgte nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

Gemäß § 46 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 G des Gesetzes vom 22. Juli 2011

(BGBl. I S. 1509), ordnet die Stadt Hilden für einen Teilbereich des räumlichen Geltungsbereichs des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 212 die Umlegung an.

Die Anordnung der Umlegung umfasst den Teil des Verfahrensgebiets des Bebauungsplans Nr. 212, der die Grundstücke Walder Straße Nr. 50 bis 64 (gerade Ziffern) mit der Katasterbezeichnung Flur 60, Flurstücke 3, 5 bis 9, 12, 467, 469, 470, 477, 478, 1380 und 1381 in der Gemarkung Hilden beinhaltet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

6 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

6.1 Jahresabschluss 2011

WP 09-14 SV
20/084

Es wurden kurze Stellungnahmen durch die Ratsmitglieder Prof. Dr. Bommermann (dUH) und Bartel (Grüne) sowie weitere Erläuterungen durch Kämmerer Klausgrete abgegeben.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss der Stadt Hilden für das Haushaltsjahr 2011 wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.
2. Der Rat der Stadt Hilden nimmt die Übertragung eines Gesamtbetrages an Aufwandsermächtigungen i. H. v. 1.504.868,41 Euro (davon Ermächtigungsübertragungen für zweckgebundene Erträge gem. § 22 Abs. 3 GemHVO i. H. v. 305.053,03 Euro) und an Auszahlungsermächtigungen für Investitionen i. H. v. 6.655.094,75 Euro zur Kenntnis.
3. Der Rat der Stadt Hilden nimmt zur Kenntnis, dass die Aufnahme von Krediten im Haushaltsjahr 2011 nicht erforderlich gewesen ist.
4. Nach der Prüfung und Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses durch den Rat der Stadt Hilden wird der Jahresfehlbetrag i. H. v. 1.611.854,78 Euro durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

6.2	Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.01.2012 bis 31.07.2012	WP 09-14 SV 20/082
-----	--	-----------------------

Der Rat der Stadt nimmt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis von den in der Zeit vom 01.01.2012 bis 31.07.2012 erteilten Genehmigungen zur Leistung von unerheblichen investiven Auszahlungen (siehe Anlage 1 zur SV).

Über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, die einen Betrag von 5.000,- € innerhalb eines Budgets übersteigen, sind in der Zeit vom 01.01.2012 bis 31.07.2012 nicht entstanden.“

6.3	Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Gebäudeunterhaltung an städt. Objekten	WP 09-14 SV 26/060
-----	--	-----------------------

Eine Beratung erfolgte nicht.

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die überplanmäßige Bereitstellung im Produkt 011301 „Gebäudeunterhaltung“ von 184.000 € zur baulichen und zu technischen Gebäudeunterhaltung, um die sichere Nutzung der städtischen Objekte zu gewährleisten und deren Substanz zu erhalten.

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bei der Verzinsung der Gewerbesteuer, Produkt 160101 „Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft“.

Ergänzt werden 23.000 € für die Reparatur der Klimaanlage im Bürgersaal, Bürgerhaus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7 Anträge

7.1	Zukünftige Nutzung des Grundstücks der ehemaligen Albert-Schweitzer-Schule: Antrag der Fraktion BA/CDf im Rat am 04.07.2012 – Einwohnerversammlung	WP 09-14 SV 01/088
-----	---	-----------------------

Die Ratsmitglieder Reffgen, Dr. Schnatenberg (jeweils BA/CDf), Burchartz (FL) sowie Prof. Dr. Bommermann (dUH) und ihre Fraktionen stimmten dem Antrag zu, da die vorhandene Bürgerinformation/-beteiligung ihrer Auffassung nach nicht ausreiche.

Eine ausreichende Bürgerbeteiligung werde noch durchgeführt, sagten die Ratsmitglieder Joseph (FDP), Bartel (Grüne) und Alkenings (SPD), daher würden ihre Fraktionen dem Antrag nicht zustimmen.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen:

„Zur Unterrichtung der Einwohner/innen über die vom Rat der Stadt beabsichtigte Bebauung des Grundstücks der ehemaligen Albert- Schweitzer Schule beschließt der Rat gemäß § 8 der Hauptsatzung die Durchführung einer Einwohnerversammlung im Süden der Stadt.

Der Bürgermeister wird beauftragt, gemäß § 8 Abs. 2 der Hauptsatzung Zeit und Ort der Versammlung festzulegen und alle Einwohner/innen durch öffentliche Bekanntmachung einzuladen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 31 Nein-Stimmen gegen 14 Ja-Stimmen (BA/CDf, dUH, FL) abgelehnt.

7.2	Entgeltordnung für die Einräumung von Rechten zur sonstigen Benutzung des Straßeneigentums der Stadt Hilden; hier: Antrag der dUH die Unabhängigen Hilden vom 13.03.2012	WP 09-14 SV 60/042
-----	--	-----------------------

Es erfolgte eine kurze Beratung.

Antrag der dUH:

§ 9.1 b) der Satzung über die Festsetzung der privatrechtlichen Entgelte für die Nutzung von Straßengrundstücken – Entgeltordnung für die Einräumung von Rechten zur sonstigen Benutzung des Straßeneigentums der Stadt Hilden (Über- und Unterbauungen, Einbauten) vom 17.12.2009

wird dahingehend geändert, dass der Halbsatz

**„die nicht mehr als 10 cm in den Verkehrsraum ragen,“
gestrichen wird.**

Antrag der Grünen:

„ Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung durch den Stadtentwicklungsausschuss

Die Entgeltordnung für die Einräumung von Rechten zur sonstigen Benutzung des Straßeneigentums der Stadt Hilden wird in § 9.1 b wie folgt modifiziert:

- Ein Entgelt wird erhoben für eine nachträglich vorgehängte Wärmedämmung, die mehr als 10 cm in den Verkehrsraum ragt.
- Für die über 10 cm hinausgehende Überbauung wird ein einmaliges Entgelt von 50 €/qm erhoben.

Der Bürgermeister wird beauftragt das Weitere zu veranlassen“

Abstimmungsergebnis:

1. Abstimmung (Antrag dUH)
Mehrheitlich abgelehnt mit 23 Nein-Stimmen (CDU, SPD), gegen 19 Ja-Stimmen (BA/CDf, dUH, FL, Grüne) bei 4 Enthaltungen (FDP)
2. Abstimmung (Antrag Grüne)
Mehrheitlich abgelehnt mit 23 Nein-Stimmen (CDU, SPD), gegen 19 Ja-Stimmen (BA/CDf, dUH, FL, Grüne) bei 4 Enthaltungen (FDP)

7.3	Bebauungsplan Nr. 254 für den Bereich Kunibertstraße/ Lindenstraße/ Am Lindengarten/ Am Wiedenhof:	WP 09-14 SV
	Anträge der Fraktionen SPD, CDU, dUH, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie BA/CDf im StEA am 27.06.2012 und der Fraktion FL im Rat am 04.07.2012	61/154

Die Beratung erfolgte gemeinsam mit TOP 5.3 (SV 61/153).

1. Geänderter Beschlussvorschlag: (mit Ergänzung 2.6)

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:

- 1 Bei der Weiterentwicklung des städtebaulichen Entwurfs des Büros Meurer ist zu berücksichtigen:
 - 1.1 Die südwestliche Gebäudereihe auf der heutigen Spielplatzfläche entfällt.
 - 1.2 Das private Grundstück Am Lindengarten 1 wird nicht in die Planung aufgenommen.
 - 1.3 Die First- und Traufhöhen bzw. Gebäudehöhen (je nach Dachform) werden im Bebauungsplan festgeschrieben.
 - 1.4 Der mittig gelegene gepflasterte Platz wird zugunsten der Grünanlage verkleinert.
- 2 Die Verwaltung wird beauftragt:
 - 2.1 In Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro ist ein Verkehrskonzept für den ruhenden Verkehr vorzulegen, in dem alternative Vorschläge zur Anzahl (bis zu 1,5 Stellplätze je Wohneinheit) und Anlegung (ober- und unterirdisch) der Stellplätze untersucht werden.
 - 2.2 In Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro sind Alternativen aufzuzeigen, wo welche Dachformen (Satteldach, Pultdach, Flachdach, etc.) festgesetzt werden sollen. Es wird empfohlen, dass die maximale Gebäudehöhe bei zwei Geschossen 8,5 m und bei drei Geschossen 11 m über Geländeoberfläche nicht überschreiten soll.
 - 2.3 Aus Gründen der Nachhaltigkeit soll im weiteren Verfahren ein Energieversorgungskonzept erstellt werden. Hier ist insbesondere auf alternative Energien Wert zu legen. Es ist die Errichtung von Gebäuden mit einer hohen Energieeffizienz (Niedrig-Energie-Häuser/ Passiv-Häuser/ Plus-Energie-Häuser) anzustreben.
 - 2.4 In der weiteren Planung ist ein Grüngestaltungsplan zu erstellen.
 - 2.5 Eine Renaturierung des Baches unter Einbeziehung einer ökologischen Umgestaltung des Spielplatzes soll erfolgen.
 - 2.6 Konkretisierungswünsche der Fraktionen sollen berücksichtigt werden.

2. Änderungsantrag der BA/CDf

1. Der Entwurfsplanung zur Bebauung des Geländes der Albert-Schweitzer-Schule wird das Ergebnis des „Flächenchecks“ im Abschlussbericht der Gutachter zum „Strategischen Stadtentwicklungskonzept“ (Stand November 2010) zugrunde gelegt:
 - etwa 65 Wohneinheiten
 - soziale Mischung
 - mäßige Verdichtung
2. Grundlage für den aufzustellenden Bebauungsplan wird ein städtebaulicher Entwurf, der eine 2-3-geschossige Bebauung (3-geschossig = Ausnahme) vorsieht.
3. Die im Plangebiet vorhandenen Grünflächen bleiben mit ihrem bemerkenswerten Baumbestand erhalten.
4. Neue Erschließungsstraßen sind weitestgehend zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

1. Abstimmung geänderter Beschlussvorschlag (mit Ergänzung 2.6)
Mehrheitlich mit 35 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen (BA/CDf, dUH, FL) beschlossen.
2. Abstimmung Änderungsantrag BA/CDf
Mehrheitlich mit 31 Nein-Stimmen (CDU, FDP, Grüne, SPD) gegen 10 Ja-Stimmen (BA/CDf, FL) bei 4 Enthaltungen (dUH) abgelehnt.

7.4 Gestaltungsrichtlinien für den Dr. Ellen-Wiederhold-Platz:
Antrag der Fraktion BA/CDf vom 04.07.2012

WP 09-14 SV
61/155

Ratsmitglied Reffgen (BA/CDf) bittet um Vertagung, da

1. Akteneinsicht vorgenommen werden soll, diese jedoch erst von der Verwaltung nächste Woche ermöglicht werden kann,
2. die Beratung und Beschlussfassung des Antrags der SPD über die „Erweiterung des Geltungsbereiches der "Werbeanlagensatzung" um den Dr.-Ellen-Wiederhold-Platz“ für den kommenden Stadtentwicklungsausschusses abgewartet werden soll.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig wurde der Antrag vertagt.

Kurz wurde über den Antrag beraten.

Bürgermeister Thiele erläuterte, dass mit einer Messstation nicht der Verursacher ausgemacht werden könnte und die Zuständigkeit nicht bei der Verwaltung läge. Erst eine Beschwerde erreichte bisher die Verwaltung.

Der Antrag der dUH wurde von Ratsmitglied Prof. Dr. Bommermann umformuliert, so dass die Messstation nicht zwingend sondern nur eine mögliche Lösung sei.

Geänderter Antrag der dUH:

Die Verwaltung wird aufgefordert im Rahmen ihrer Zuständigkeit geeignete Maßnahmen zur Lokalisierung des Verursachers anzuwenden. Eine Messstation kann eine Lösung sein.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Ratsmitglied Prof. Dr. Bommermann nahm den Antrag der dUH zurück.

Die Ratsmitglieder Prof. Dr. Bommermann (dUH), Reffgen (BA/CDf) und Bartel (Grüne) forderten mehr Informationen über mögliche Verwendungszwecke des Gebäudes bzw. Grundstücks.

Ratsmitglied Bartel (Grüne) übernahm den Antrag der dUH-Fraktion für seine Fraktion.

Antrag der Fraktion BA/CDf:

Bei dem Gelände des ehemaligen „Jueck“ an der Heiligenstraße handelt es sich um eine wertvolle Immobilie im Zentrum von Hilden. Die Veräußerung dieser Immobilie führt der Stadt zwar einmalig liquide Mittel zu, dafür verliert die Stadt aber dauerhaft den Gegenstandswert der Immobilie und vor allem die Möglichkeit, langfristig Erträge mit dieser Immobilie zu erwirtschaften. Hinzu kommt die Notwendigkeit, einmalig eine Sonderabschreibung vorzunehmen.

Nach derzeitiger Kassenlage verfügt die Stadt über ausreichend liquide Mittel, so dass die Beschaffung liquider Mittel als Veräußerungsmotiv nicht in Betracht kommen kann. Im Sinne einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft verbietet sich deshalb die Veräußerung „ohne Not“.

Die im Antrag angesprochenen Tochtergesellschaften der Stadt verfügen über Erfahrung mit der wirtschaftlichen, aber auch sozialverträglichen Nutzung städtischer Grundstücke. Sie sollten deshalb für die Stadt der natürliche und erste Ansprechpartner sein.

Nach dem geltenden Bundesbaugesetzbuch sollen die Bauleitpläne „eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten.“ (§ 1 BauGB) Die kommunalen Planungs- und Eingriffsrechte stellen der Stadt hierfür ein hervorragendes Instru-

mentarium zur Verfügung. Dieses sollte in Verbindung mit kommunalem Eigentum an Grund und Boden genutzt werden.

Eine Nutzungsmöglichkeit könnte die Bebauung mit öffentlich gefördertem Wohnraum sein. Denn leider nimmt auch in Hilden die Zahl öffentlich geförderter Wohnungen weiter ab: von 3.942 in 1990 auf nur noch 1.422 Ende 2009.

Hauptzweck der zu 100% städtischen WGH mbH sind jedoch Erstellung, Erwerb und Bewirtschaftung von öffentlich geförderten Wohnungen. „Öffentlich geförderter Wohnungsbau lässt sich allerdings nur verwirklichen, wenn die Gesellschafterin der WGH ein entsprechendes Grundstück kostenneutral (z.B. als Stammkapitalerhöhung) zur Verfügung stellt.“ (WGH-Jahresbericht 2010) Deshalb sollte der Bürgermeister beauftragt werden, auch diese Option zu prüfen.

Die BÜRGERAKTION verbindet mit ihrem Antrag an den Bürgermeister die Erwartung, dass die Stadt alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten prüft und nutzt, um eine sozialgerechte und zukunftsorientierte Stadtentwicklung zu fördern. Dazu gehört unabdingbar, dass die Stadt oder städtische Gesellschaften über den dafür erforderlichen Grundbesitz verfügen.

Antrag der Fraktion Grüne (vormals Fraktion dUH):

Bislang gibt es keine politische Entscheidung dahingehend, dass das Grundstück verkauft werden soll. Die Aktivitäten der Verwaltung waren u.E. voreilig und von keiner politischen Absichtserklärung gedeckt. Die politische Absicht wurde lediglich hinsichtlich der Frage, dass der Jugendtreff „Jueck“ als Institution aufgegeben werden soll, erklärt. Hinsichtlich des weiteren Schicksals des Grundstückes hat noch keine Beratung und Beschlussfassung stattgefunden.

Es wird insbesondere nicht deutlich, wieso nicht eine Nutzung des Gebäudes durch die Verwaltung erfolgen kann. So werden jetzt Mitarbeiter in den gut vermietbaren Büroräumen im „Haus auf der Bech“ untergebracht.

Auch ist völlig unklar, welcher marktgerechte Erlös im Fall einer Ausschreibung bei einem Verkauf zu erzielen ist. Hinweise auf eine angeblich existierende Bodenrichtwerttabelle helfen nicht weiter. Ein Grundstück in Spitzenlage muss und wird einen optimalen Erlös erbringen, wenn man es öffentlich anbietet.

Schließlich ist auch die Option zu untersuchen, das Grundstück im Vermögen der Stadt zu behalten und es im Wege des Erbbaurechtes von einem Dritten bebauen zu lassen. Auch diese Variante ist wirtschaftlich zu untersuchen und darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

1. Abstimmung (Antrag BA/CDf)
Mehrheitlich mit 27 Nein-Stimmen gegen 18-JaStimmen (BA/CDf, dUH, FL, Grüne)
abgelehnt
2. Abstimmung (Antrag Grüne, gleichlautend zurückgezogener Antrag dUH)
Mehrheitlich mit 27 Nein-Stimmen gegen 18-JaStimmen (BA/CDf, dUH, FL, Grüne)
abgelehnt

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

keine

9.1 Anfrage SPD - VRR-Umlage

Ratsmitglied Alkenings reichte für die SPD folgende Anfrage ein:

Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit mit dem Landrat zu verhandeln, dass die Zahlungen an den VRR wegen der unzureichenden Bedienung der S-Bahnlinie S1 zu kürzen sind?

Begründung:

Seit geraumer Zeit werden die Haltepunkte Hilden und vor allem Hilden Süd durch die S1 nicht mehr im geltenden Fahrplan angefahren, sondern es kommt ständig zu Betriebsausfällen und großen Verspätungen. Wenn die Verspätungen selbst der DB zu groß werden, wenden die S-Bahnen in Hilden, so dass die Strecke zwischen Hilden und Solingen Hbf (Verknüpfung zum Fernverkehr) dann gar nicht mehr bedient wird. Hinzu kommt, dass die Informationen der Bahn über diese Störungen so unzureichend sind, dass alternative Fahrtmöglichkeiten nicht genutzt werden können, was insbesondere für Pendler extrem ärgerlich ist.

9.2 Antrag BA/CDf - Grundsatzfrage Grundstück Heiligenstraße 13

Ratsmitglied Reffgen stellte für die BA/CDf folgenden Antrag:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der Ratssitzung vom 19.09.2012 haben wir unter TOP 9 mündlich einen Antrag eingebracht, den wir hiermit in schriftlicher Form nachreichen:

"Die Fraktion BA/CDf beantragt, die Grundsatzfrage, ob das Grundstück Heiligenstr. 13 veräußert wird, in öffentlicher Ratssitzung zu beraten und bittet den Bürgermeister, einen entsprechenden Tagesordnungspunkt zwecks Beratung und Beschlussfassung auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen."

Begründung

Im Gegensatz zur Verwaltung ist die BA/CDf-Fraktion der Auffassung, dass eine Grundsatzentscheidung über die Frage, ob die Immobilie Heiligenstr. 13 verkauft wird, oder im Besitz der Stadt - also aller Hildener Bürgerinnen und Bürger - bleibt, rechtlich erforderlich ist. Wir sehen unseren diesbezüglichen Rechtsstandpunkt im Hinblick auf die von der Verwaltung hiergegen vorgebrachten Argumente, aber auch hinsichtlich des Verlaufs der Ratssitzung vom 19.09.2012, nicht als erledigt an.

*Mit freundlichen Grüßen
Ludger Reffgen
Fraktionsvorsitzender*

9.3 Anfrage BA/CDf - JEKI - Projektfinanzierung

Ratsmitglied Reffgen reichte für die BA/CDf folgende Anfrage ein:

In einer Presseveröffentlichung vom 14.09.2012 hat die „Rheinische Post“ darauf hingewiesen, dass für die sich zuletzt dem Projekt „JEKI“ angeschlossenen beiden Grundschulen „Adolf-Reichwein“ und „Wilhelm-Hüls“ im Gegensatz zu den bereits zuvor beteiligten Grundschulen keine

Fördermittel der Landesregierung zur Verfügung stehen. An den beiden Schulen soll der Ausfall zur Beteiligung der Erstklässer mit Elternbeiträgen ausgeglichen werden.

Hinsichtlich der sich daraus ergebenden Ungleichbehandlung an Hildener Grundschulen frage ich die Verwaltung:

- 1. Wie hoch sind die ausfallenden Landesmittel (Fehlbetrag)?*
- 2. Wie viele Schüler sind an den beiden Schulen betroffen?*
- 3. Sieht die Verwaltung eine Möglichkeit, kurzfristig die ausfallenden Landesmittel zu kompensieren?*
- 4. Was unternimmt die Verwaltung, um sicherzustellen, dass mittelfristig alle Hildener Grundschüler gleiche Zugangsvoraussetzungen zum Projekt „JEKI“ erhalten?*

gez. Ludger Reffgen
Ratsmitglied

9.4 Anfrage Grüne - Bushaltestellenhäuschen Furtwänglerstraße

Ratsmitglied Vogel reichte für die Grünen folgenden Anfrage ein:

An der Furtwänglerstraße wurde im Rahmen des Bushaltestellen-Ausbauprogramms die Haltestelle barrierefrei umgebaut. Leider fehlt bisher die Wartehalle mit entsprechenden Sitzgelegenheiten. Wann wird diese aufgestellt?

9.5 Anfrage FL - Offenes Kabel an der Mensa des HGH

Ratsmitglied Burchartz stellte folgende Anfrage für die FL:

Herr Burchartz bemängelte das bei einer Ortsbesichtigung aufgefallene offene Kabel an dem Gebäude der Mensa des Helmholtz-Gymnasiums und stellte die Frage, ob es kurzfristig möglich sei, das Kabel ordnungsgemäß zu verdecken.

Die Verwaltung versprach das offene Kabel zu sichern.

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Bürgermeister Horst Thiele
Vorsitzender

Tobias Schlusche
Schriftführer/in